

POLITOHHR

Die Politologin **Regula Stämpfli**, mittlerweile auf dem besten Weg zur Schweizer Kultfigur, lebt getreu dem Motto, dass das Private öffentlich ist. Also muss auf Facebook die halbe Welt erfahren, dass sie seit ihrem siebzehnten Lebensjahr am Zoll gefilzt wird. Am Donnerstag sei es, in München, schon wieder passiert, schreibt sie. «Die einzige Freude, die jedes Mal bleibt: das enttäuschte Gesicht der Beamten, wenn sie mich nicht auf der Stelle einlochen oder sonst wie belästigen dürfen.» Woher die Anziehung der omnipräsenten Weltdeuterin auf Uniformierte rührt, bleibt ihr Geheimnis. Fest steht indes: Einen Knastaufenthalt wünscht man auch Stämpflis potenziellen Mitgefangenen nicht.



Am Dienstag besiegte der FC Nationalrat das Fussballteam der Swisscom mit 2:1. Die beiden Treffer für die Parlamentarier erzielte der Berner FDP-Nationalrat **Christian Wasserfallen**. Für einmal haben die Parlamentarier nicht auch noch für Gegentreffer gesorgt. Denn der profilierte und notorische Eigentorschütze **Eric Nussbaumer** konzentrierte sich diesmal auf sein Captain-Amt, überliess das Fussballspielen weitgehend seinen Mannschaftskollegen und sicherte so seinem Team den Sieg.



Der Solothurner Ständerat **Pirmin Bischof** musste für sein Votum zur Lex USA büssen. Der CVP-Politiker hatte seine Kollegen mit einer Rede von rund 40 Minuten gelangweilt. Als sich einige Tage später eine Gruppe von Ständeräten zum Apéro traf, wurde der Katholik nach dem ersten Bier an den Ablasshandel erinnert, worauf Bischof schnell einmal einwilligte, die Getränke zu zahlen. Günstig kam Bischof nicht davon, denn die Ständeratsrunde war fast beschlussfähig und bestellte nach Bischofs Ablass-Versprechen natürlich munter weiter. Wie teuer die Rechnung wurde, will Bischof aber nicht preisgeben. Und es kommt noch schlimmer, denn SP-Ständerätin **Anita Fetz** erachtet damit nur die erste Viertelstunde des Monster-Votums als abgegolten.

Ex-FDP Chef **Fulvio Pelli** gehörte zu den härtesten Gegnern der Lex USA zur Lösung des Bankensstreites. Ausgerechnet während der Abstimmungen im Nationalrat war Pelli aber abwesend. Böse Zungen munkeln nun, dass Pelli, im Zivilen Anwalt und Präsident der Tessiner Kantonalbank, sich doch den Banken verpflichtet gefühlt habe, die das Gesetz vehement gefordert hatten, und deshalb die Abstimmung geschwänzt habe. Pelli führt aber viel höhere Pflichten ins Feld. Er habe als Pflichtverteidiger im Tessin einen Prozess führen



müssen, der sich nicht habe verschieben lassen. Man fragt sich nun, ob die Tessiner Kantonalbank ihrem Präsidenten einen Steuerbetrüger als Klienten zugehalten habe, damit sich Pelli elegant aus seinem Dilemma befreien konnte.

ZITAT DER WOCHE

«Die Wirtschaft wird als abgehoben empfunden. Das haben wir mehr oder Minder in letzter Zeit erfahren.»

Bundesrat Alain Berset

Zitat in den «Freiburger Nachrichten» aus seiner Rede am Jahreskongress von Swissmem in Granges-Paccot

# Zirkus in die Knie zwingen

Bund soll schwarze Liste für Zirkustiere ausarbeiten

VON PETRA WESSALOWSKI

**BERN** Ein Drittel aller europäischen Länder verbietet entweder bestimmte oder alle Wildtiere im Zirkus. Die Schweiz soll nun nachziehen. Die Nationalrätin Isabelle Chevalley hat in der letzten Session den Bundesrat angefragt, ob er bereit sei, eine schwarze Liste auszuarbeiten und das Ausnahmerecht bei der Zirkustierhaltung aufzuheben.

Die grünliberale Waadtländerin sagt, dass «Fachleute eine Liste erstellen könnten». Laut Chevalley wäre der Schweizer National-Circus Knie von einer schwarzen Liste vermutlich nicht betroffen. Sie sieht ein Problem bei Raubkatzen, nicht jedoch bei Elefanten. Das Verbot von Zirkuselefanten ist aber umstritten. In Schweden sind sie erlaubt, in Finnland verboten. Franco Knie ist nicht erfreut und lehnt eine Verbotsliste für einzelne Tierarten entschieden ab.

Erich Brandenberger, Pressesprecher des Verbands Schweizer Zirkusunternehmen und von Conny-Land, überrascht der Vorstoss nicht. Die Nationalrätin habe bereits das Delfinimportverbot durchgesetzt. Er habe damals gewarnt, dass dies der erste Schritt sei, um alle Wildtiere zu verbieten. «Nur wenige Zirkusse führen exotische Tiere», sagt Brandenberger. Die Haltungsbedingungen könnten geändert werden, aber eine schwarze Liste sei falsch.

Letzterem stimmt Vanessa Geritsen von der Stiftung für das

Tier im Recht (TIR) zu. Sie hält die Einteilung in zirkustaugliche Wildtiere für problematisch, weil die Experten unterschiedliche Auffassungen hätten. «Wir befürworten ein generelles Wildtierverbot.» Sie begründet es auch damit, dass die Tierwürde im Zirkus offensichtlich verletzt werde, «etwa wenn ein Elefant Kunststücke auf zwei Beinen ausführen muss».

Unterscheidung von Haus- und Wildtieren sei willkürlich

Auch Vier Pfoten kämpft für ein totales Verbot von Wildtieren im Zirkus. Diese Forderung bekräftigte die Tierschutzorganisation letzte Woche an einer europäischen Konferenz zur Wildtierhaltung. «Wir appellieren an die Regierung, einen Vorstoss auszuarbeiten, um ein Verbot durchzusetzen», sagt die Kampagnenleiterin Corinne Abplanalp.

Weniger radikal äussert sich Sara Wehrli vom Schweizer Tierschutz (STS): «Einsicht ist besser als Verbote.» Eine Unterscheidung in Wild- und Haustiere sei willkürlich. Papageien und Zebbras könnten im Zirkus gehalten werden; Haustiere wie Kaninchen und Meerschweinchen nicht. Laut Wehrli wäre es nicht realistisch, zu verlangen, dass alle Zirkusse ohne Tiere auf Tournee gehen.

Noch im Jahr 2000 hatte der Schweizer Tierschutz mit einer Petition mit 66 000 Unterschriften ein Wildtierverbot für Zirkusse verlangt. Selbst Chevalley ist der Ansicht, dass Wildtiere im Zirkus nichts zu suchen haben.



Elefant im Circus Knie: Kunststücke auf zwei Beinen verletzen die Würde des Tieres  
FOTO: KEYSTONE

## Zürcher Baukartell: Kein Schadenersatz

Weko gibt Namen der fehlbaren Firmen nicht bekannt – Geschädigte können nicht klagen

**ZÜRICH** Öffentliche und private Auftraggeber, die Opfer von Preisabsprachen im Strassenbau geworden sind, können keinen Schadenersatz fordern. Das, weil die Wettbewerbskommission (Weko) nicht bekannt geben wird, bei welchen Projekten Preisabsprachen getroffen wurden.

Vergangene Woche büsste die Weko in Zürich 12 Baufirmen wegen illegaler Preisabsprachen. Schon 2011 hatte sie im Aargau 17 Baufirmen wegen gleicher Vorgehen sanktioniert.

Vizedirektor Frank Stüssi erklärt die Weko-Position: «Wir wollen die mit uns kooperierenden Firmen schützen.» Dies erleichtere das Verfahren und sei Anreiz für weitere Firmen, zu kooperieren. Stüssi sieht darin einen präventiven Effekt: «So kommen wir an Insiderinformationen und Beweise, um unzulässige Verhaltensweisen festzustellen.»

Jakob Stark, Präsident der Baudirektoren-Konferenz, gibt der Weko recht: «Da es sich hier um eher kleine Aufträge und Gewinnsummen handelt, ist eine

Schadenersatzklage wohl unverhältnismässig.»

Anders reagiert der Aargauer Kantonsingenieur Rolf Meier: «Der Kanton will schon lange Einsicht in die Unterlagen erhalten.» Bis heute sei der Schaden nicht bezifferbar. Das droht nun auch im Kanton Zürich. Roger Zäch, Spezialist für Wirtschaftsrecht, bedauert: «Die Geschädigten haben hier Pech.»

Das Vorgehen der Weko ist «äusserst ärgerlich»

Der Präsident des Gemeindeverbands, Hannes Germann, ist empört: «Steuergelder gehen so verloren. Der Steuerzahler hat ein Recht darauf, dass mit öffentlichen Geldern verantwortungsbewusst umgegangen wird.» Für den SVP-Ständerat ist das Vorgehen der Weko «äusserst ärgerlich».

Wie schon 2011 im Aargau werden den Firmen, die sich selbst anzeigen, weitere Sanktionen erlassen. Die Zeche bezahlen deshalb vor allem die Steuerzahler.

MARIA TERESA DELGADO LUCHNER

## Krawallanten präventiv überwachen

Die CVP fordert eine Verschärfung des Nachrichtendienstgesetzes

**BERN** Nach den gewalttätigen Krawallen um die «Tanz dich frei»-Demonstration in Bern will die CVP das Nachrichtendienstgesetz verschärfen. Sie fordert in der Vernehmlassung, dass auch bei politischen Gewaltextremisten Telefon- und Mail-Verkehr überwacht werden können. Laut Generalsekretärin Beatrice Wertli sollen «auch bei innenpolitischem Gewaltextremismus präventive Informationsbeschaffungsmassnahmen möglich sein».

Der Gesetzesvorschlag von Verteidigungsminister Ueli Maurer schliesst das bei Gewaltextremismus aus. «Wir wollen streng limitierte und kontrollierte Möglichkeiten zum Eingreifen, weil dies bisweilen zum Schutz der Mitmenschen nötig ist», sagt Wertli. Das Gewaltmonopol ist und soll beim Staat bleiben. So solle man einschlägig bekannte Rädelsführer des Schwarzen Blocks überwachen können.

Der CVP ist laut Wertli auch die Wahrung der Grundrechte wichtig. Darum brauche es etwa eine doppelte Bewilligungspflicht

durch das Bundesverwaltungsgericht und den Chef VBS.

Die CVP übernimmt damit eine Idee des Stadtberner Sicherheitsdirektors Reto Nause (CVP). «Wir müssen den Gewaltextremismus, wie er sich bei der «Tanz dich frei»-Demonstration zeigte, eindämmen», sagt er. Da sei es unhaltbar, dass die Überwachungs-massnahmen im neuen Nachrichtendienstgesetz beim Gewaltextremismus eingeschränkt seien.

«Es würde sich nur um wenige Dutzende Fälle handeln»

«Derzeit haben wir zur präventiven Abwehr von Gewaltextremismus nur stumpfe Instrumente», so Nause. Man müsse Gewaltextremisten auch präventiv überwachen können. Nause sagt, er wolle keinen Schnüffelstaat. Aber man müsse verhindern, dass sich Rädelsführer immer wieder an Krawallen beteiligen können. «Es würde sich wohl schweizweit um wenige Dutzend Fälle handeln», sagt Nause. Und nur um Leute, die schon strafrechtlich aufgefallen seien. JOËL WIDMER